

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.32 Uhr
Ende: 13.20 Uhr

1) Plabutsch

GRin. **Binder** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dieser Frage geht es um ein sehr wichtiges Thema, das geht um den Plabutsch und zwar genau um 226 Hektar Wald, der zum Kauf angeboten wird, wo es verschiedene Interessenten schon gibt und wo ich vermisse ein klares Interesse auch durch unsere Stadt. Es geht um ein wesentliches Naherholungsgebiet, es geht um Grünraum, um den Grüngürtel unserer Stadt, der immer mehr durchlöchert wird und es geht aber auch darum, dass es ein Projekt gibt, ein von allen angenommenes Projekt, nämlich Naturerlebnispark Plabutsch, von dem ich weiß, dass auch Finanzstadtrat Riedler sich noch vor kurzem hinter dieses Projekt gestellt hat, aber dieses Projekt ist ja nur zu verwirklichen, wenn die Stadt auch bereit ist, den Plabutsch dafür auch zu retten, denn ich hege die große Befürchtung, wenn die angebotenen 226 Hektar Wald privat gekauft werden, dass wir früher oder später aus diesem Wald auch wieder Bauland machen werden, wir Grüne nicht, aber wir sind hier ja die Minderheit, daher ist es mir ein ganz wesentliches Anliegen an dich, die

F r a g e

zu richten: Wie wirst du in deiner Funktion als Finanz- und Liegenschaftsreferent dafür sorgen, dass die zum Kauf angebotenen Wälder am Plabutsch für die Naherholung der Grazerinnen und Grazer gesichert werden können? (*Grüne*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich bedanke mich für deinen Hinweis, für deinen auch richten Hinweis, dass ich ja doch mit einiger Energie dieses Projekt Naturerholungsbereich Plabutsch mitverfolge und auch versuche, einen wesentlichen Beitrag dazu zu

leisten, dass es zu diesem Projekt kommt. Es ist auch richtig, dass wir über die Grazer Bau- und Grünlandbeschaffungsgesellschaft in Verhandlungen mit den jetzigen Eigentümern (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) einer Fläche von zirka 200 Hektar Wald stehen über einen Ankauf. Dieser Kauf wäre ohne Zweifel eine langfristig orientierte Sicherungsmaßnahme für dieses Areal als öffentliches Naherholungsgebiet. Die schwierige Finanzlage der Stadt Graz gebietet es aber, eine Ausgabe, die nach jetzigen Verhandlungsstand weit über eine Million Euro betragen würde, sehr sorgfältig zu überlegen und zu prüfen, ob durch ein sinnvoll durchdachtes Konzept, zum Beispiel durch bestmögliche Nutzung von Synergien mit den bestehenden Waldeinheiten der Stadt Graz oder Zusammenarbeit mit anderen Forstbetrieben in jeder erdenklichen Form eine Gestaltung gefunden werden kann, die langfristig keine zusätzliche Budgetbelastung für die Stadt darstellt. Bisher ist es noch nicht überzeugend gelungen, die Liegenschaftsverwaltung und die GBG sind aber bemüht, dieses hohe Ziel zu erreichen. Grundsätzlich ist jedoch der Wald nach den Bestimmungen des Bundesforstgesetzes auch ohne konkrete Eigentümerschaft durch eine Gemeinde als Erholungsgebiet frei zugänglich, sodass aus diesem Blickwinkel heraus keine Gefahr im Verzug besteht und es ist auch noch zu erwähnen, dass jede Änderung der Nutzung nicht nur eine entsprechende qualifizierte Mehrheit hier im Gemeinderat brauchen würde und nicht ohne weiteres durchzuführen wäre, sondern auch noch der Aufsichtsbehörde beim Land vorzulegen wäre und außerdem, und im gegebenen Fall, einer Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes angepasst werden müsste, sodass aus heutiger Sicht eine Gefahr, dass also die Plabutschwälder etwa zu Bauland werden würden, nicht gesehen werden kann. Mehrheiten, die anderes beschließen, mögen irgendwann in ferner Zukunft zustande kommen, aber die kommen auch dann zustande, möglicherweise sogar forciert, wenn wir Eigentümerin dieser Liegenschaft wären. Was nicht dagegen spricht, ich sage das ausdrücklich dazu, sich weiterhin um einen für uns realistischen und finanzierbaren Kauf dieser Wälder, sich also um einen solchen Kauf zu bewerben (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Danke für die Antwort. Sie ist nicht zufriedenstellend für mich. Wenn du davon sprichst, dass es für eine eventuelle Änderung der Nutzung ja einer

qualifizierten Mehrheit bedarf, so habe ich hier in diesem Gemeinderat ja oft genug erleben dürfen, dass diese qualifizierte Mehrheit immer wieder zustande kommt. Ich erinnere auch an die Grottenhofgründe, das ist ein weiteres mahnendes Beispiel für mich hier den Finger draufzulassen und zu sagen, ich würde wirklich gerne konkret wissen, wenn es dir ein Anliegen bleibt, dass dieses Projekt Naturerlebnispark Plabutsch auch wirklich einmal realisiert werden soll, wie konkret könntest du dir vorstellen, dass es hier zu einer Nutzung und einer Gestaltung kommen kann, ohne, wie du sagst, finanzielle Belastung der Stadt. Dies scheint mir ja nahezu unmöglich und außerdem glaube ich...

Zwischenruf GRin. Potzinger: Zusatzfrage.

GRin. **Binder:** Ja, es gehört zur Zusatzfrage und außerdem glaube ich nicht, dass wir kurzfristig denken dürfen, sondern wirklich auch in Generationen denken müssen und dieses Gebiet auch für die nächsten Generationen schützen und erhalten müssen. Meine Frage war, wie konkret glaubst du, dass es zu einer Nutzung und Gestaltung kommen kann, ohne finanzielle Belastung der Stadt?

StR. Dr. **Riedler:** Also es ist ja so, dass für die Nutzung als Naherholungsgebiet ohnehin auf alle Fälle auch die privaten Eigentümer am Plabutsch miteingebunden werden müssen. Es ist illusorisch zu glauben, wir könnten das mit der jetzigen Fläche oder auch mit einer um 200 Hektar erweiterten Fläche. 200 Hektar klingt sehr viel, ist aber in der Natur natürlich eine überschaubare kleine Fläche, gerade einmal eine Eigenjagd und unter gewissen Voraussetzungen wäre es hier möglich. Wir denken ja bei Naherholungsgebiet doch auch an andere Dinge. Ich möchte dir sagen, wie ich mir das vorstelle. Es muss möglich sein, eine Wirtschaftlichkeit darzustellen, auch durchaus eine langfristige Wirtschaftlichkeit aus der Waldbewirtschaftung, die diesen Kaufpreis rechtfertigt. Das ist kein Widerspruch, sondern ganz im Gegenteil

Voraussetzung für die Erschließung als Erholungsgebiet. Das große Problem, das wir bei dieser Liegenschaft haben möchte ich auch noch kurz umreißen. Zuerst noch eine andere Information, bis auf einen sehr, sehr kleinen Teil, der abverkauft wurde, steht die Liegenschaft nach wie vor zum Verkauf bereit nach meinem heutigen Informationsstand. Es gibt ein Problem, diese 200 Hektar sind mit einer Reallast belastet, die den tatsächlichen Wert des Waldes übersteigt. Eigentlich müsste derjenige, der den Wald übernimmt, noch etwas dazukriegen, damit er die Reallast trägt, die grundbücherlich verankert ist. Das ist ein Riesenproblem in der Darstellung und ein Riesenproblem auch in der Wirtschaftlichkeitsberechnung, das wir lösen müssten, wenn wir guten Gewissens einen solchen Kauf beziehungsweise eine Haftungsübernahme für einen solchen Kauf dem Gemeinderat vorlegen wollen (*Applaus SPÖ*).

2) Garagennutzung FH Joanneum in Eggenberg

GRin. **Gesek** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler! Ich habe an Sie eine Ergänzung zu meiner Anfrage. Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Beantwortung meiner Frage in der Sitzung am 7. Juli dieses Jahres. Sie ist aber wenig aufschlussreich bezüglich der finanziellen Auswirkungen, die dieses zögerliche Handeln des Liegenschaftsressorts für die Stadt Graz hat in dieser Causa.

Wie viel Geld hat die Stadt Graz nun in einem Jahr nicht eingenommen, weil die 96 Stellplätze der Tiefgarage der Fachhochschule Campus durch die säumige Vorgangsweise entstanden sind?

StR. Dr. **Riedler**: Frau Gemeinderätin! Bekanntlich hat die Stadt Graz das gesamte FH-Areal gemäß dem diesbezüglichen Gemeinderatsbeschluss im Frühjahr 2005 bereits entgeltlich an die FH Standort Graz GmbH vermietet. Die Weitervermietung in

die einzelnen Garagennutzer wird zur Zeit nach betriebswirtschaftlichen Kriterien verhandelt. Die FH Joanneum hat starkes Interesse für ihre Mitarbeiter bekundet und auf der Basis eines durch unsere Gesellschaft gemachten Angebotes eine nunmehr rasche Entscheidung zugesagt. Im abschlägigen Fall sind entgeltlich Alternativnutzungen vorbereitet. Die Liegenschaftsverwaltung war somit nicht säumig und eine entgeltliche Vermietung ohne Rücksicht auf die Interessen der FH, welche für ihre internen Abstimmungen eben eine gewisse Zeit gebraucht hätten, hätte zu einem betriebswirtschaftlich sogar nachteiligen Ergebnis für die Stadt Graz geführt. Ich möchte noch einmal unterstreichen, die Entscheidung liegt im Bereich der FH Joanneum, die ja, wir können ja das nicht einfach oktruieren, sie müssen ja einen Vertrag auch annehmen, den wir ihnen anbieten und das war der Wunsch. Wir sind bereits einmal im Aufsichtsrat der FH Joanneum mit einem Angebot gescheitert, für das es eine Zusage der Geschäftsführung gegeben hat und es gibt mittlerweile ein auch bereits ausverhandeltes Paket, nur hat die Geschäftsführung der FH Joanneum offenbar Schwierigkeiten gehabt, ihre Parkplätze weiter zu vermieten und ist wieder abgesprungen. Daher bitte ich um Verständnis dafür, dass die Versäumnisse und Schwierigkeiten nicht auf unserer Seite entstanden sind, sondern in erster Linie in der Geschäftsführung beziehungsweise in den zuständigen Gremien der FH Joanneum.

GRin. **Gesek**: Wann denken Sie nun, dass die Garage endgültig vermietet werden kann, sodass die Stadt Graz hier auch Einnahmen verzeichnen kann?

StR. Dr. **Riedler**: Also ich hoffe, dass wir jetzt sehr, sehr rasch zu einer klaren Äußerung beziehungsweise Stellungnahme seitens der Fachhochschule kommen können. Das möchte ich auf alle Fälle abwarten. Wir haben ja im Bebauungsplan, und zwar, ich habe es mir extra herausgesucht, im § 12 von unserer eigenen Behörde die Vorschreibung bekommen, dass wir eine Tiefgarage bauen unter der damaligen Annahme, dass im Umkreis um die Fachhochschule blaue Zonen bestehen werden, jedenfalls aber der Parkdruck erheblich erhöht wird. Inzwischen

stellt sich heraus, dass diese damalige Annahme unserer städtischen Planungsbehörde sich offensichtlich nicht als richtig herausstellt, weil aus diesem Grund, weil nämlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Fachhochschule auch die Studentinnen und Studenten ausreichend Parkraum vorfinden und auch in Zukunft vorzufinden erwarten, die das Angebot offenbar wenig attraktiv für sich finden, um doch eine zwar nicht sehr hohen Betrag aber doch um Geld sich in der Tiefgarage einzumieten. Daher müssen wir uns eben auch parallel um andere Interessentinnen und Interessenten bemühen, das ist schwierig, ich erwarte jetzt noch immer die endgültige Entscheidung seitens der Fachhochschule. Ich finde es ein bisschen ärgerlich, muss ich schon sagen, wenn wir uns über solche Planungsvorschreibungen selber die Schwierigkeiten machen. Wir haben ja immerhin diese teure Tiefgarage gebaut, wir müssen sie zurückmieten von der GBG, das kostet alles ein Haufen Geld, belastet leider auch unser Budget, weil diese Entscheidung in diese Richtung damals gegangen ist. Um Ihre Frage konkret zu beantworten, erwarte ich, dass wir ab 1. Jänner 2006 spätestens eine entgeltliche Vermietung zustande bringen. Ich hoffe, dass die Rahmenbedingungen sich so gestalten lassen, dass uns das gelingt und ich werde selbstverständlich dem Gemeinderat darüber Bericht erstatten.

3) Auflassung des Parkplatzes auf dem Autobahnzubringer A2Z während der Herbstmesse

GR. **Eichberger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Frage an den Herrn Stadtrat Dr. Rüschi beschäftigt sich mit dem Thema der Auflassung des Parkplatzes auf dem Autobahnzubringer A2Z während der Herbstmesse, die vor wenigen Tagen zu Ende gegangen ist. Wie vielleicht viele in diesem Haus wissen, gab es seit ungefähr zwei Jahrzehnten diesen Parkplatz und er wurde bis dato von zig-tausenden MessebesucherInnen angenommen und entsprechend genutzt. Er erfreute sich nicht nur bei den Messebummlern großer

Beliebtheit, weil das eine sehr günstige und tolle Form war, das Auto vor der Stadt zu parken und durch den Pendlershuttlebus zu den Messetoren gebracht zu werden und noch dazu auch eine relativ kostengünstige Angelegenheit, weil es gab einen Kombitarif mit der GVB und der Messe, sondern er brachte vor allem auch dieser Parkplatz auf der A2Z für die Bewohnerinnen und Bewohner des Grazer Südens beträchtliche Vorteile, weil sehr viele Fahrten, Parksuchverkehrsfahrten in ihren Wohnstraßen, in ihren Straßen, wo die Bewohnerinnen und Bewohner zu Hause waren, weggefallen sind, weil es einfach auch weniger verparkte Straßen gab und es auch natürlich weniger Emissionen durch weniger Fahrten gab.

Und gerade in Zeiten, wo wir auch hier im Gemeinderat über das Thema Feinstaub diskutieren, wo es Projekte gibt zur Errichtung von zusätzlichen neuen Park-&-Rideanlagen, die dringend notwendig sind, und direkt im unmittelbaren Nahbereich dieser A2Z ist ja ein solcher im Entstehen, ist es für mich jetzt unverständlich, dass dieser Parkplatz, der in seiner Blüte, und wenn man den dritten Südgürtel dazugenommen hat, rund 1000 Pkw Platz geboten hat, dass der bei der diesjährigen Herbstmesse nicht mehr in Betrieb genommen wurde und sang- und klanglos, wie gesagt, gestrichen wurde. Mir ist sehr wohl bewusst, dass es durch diese Umbaumaßnahmen auf der A2Z eben durch diese Ampelanlage zum neuen Zentrum hin und natürlich auch durch die schwindenden Besucherzahlen auf der Grazer Messe, dass hier vielleicht nicht mehr dieses Ausmaß in dieser entsprechenden Höhe notwendig gewesen wäre, aber trotzdem meine ich, dass es nicht unbedingt verkehrspolitisch das Günstigste war, jetzt, wie gesagt, ohne Alternativen von Parkplätzen außerhalb der Stadt einfach diesen Verkehr uneingeschränkt, ungebremst in das Zentrum fahren zu lassen, um dort die entsprechenden Parkplätze voll zu bekommen beziehungsweise wurden zu diesem Zweck im innerstädtischen Bereich, ich denke ja an den Baumarkt und dergleichen, Parkflächen noch zusätzlich angemietet, um hier die Pkw abfangen zu können. Deshalb glaube ich auch in Anbetracht dessen, dass man doch im Jahr 2007 einen neuen Park-&-Rideparkplatz in Betrieb nimmt, dass man auch bis dorthin, bis dieser neue Park-&-Rideparkplatz unten in Liebenau beim Spar-Markt entsteht, dass es hier sinnvolle Alternativen geben müsste und nicht nur das Parken im Stadtzentrum, im Stadtkern, hier notwendig und sinnvoll ist.

Deshalb meine

F r a g e ,

an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat: Wie sieht das Parkplatzangebot jetzt bis zur Errichtung, Installierung, Öffnung des neuen Parkplatzes in Liebenau aus beziehungsweise werden wir während der kommenden Messeveranstaltungen wieder auf dieses bewährte System auch unter Umständen in eingeschränktem Umfang zurückgreifen können?

Dr. Rüsich: Herr Gemeinderat! Es gibt, glaube ich, eine gemeinsame Erkenntnis zwischen der Frage, die wir gerade gehört haben an den Kollegen Riedler, und der von Ihnen, nämlich wenn es um das Parken geht, ist immer die Planung schuld. Das ist offensichtlich das Erste, wenn eine Garage nicht aufgeschlossen wird und wenn hier ein Parkplatz nicht dabei ist und zum Zweiten hätte ich einen guten Vorschlag, ich würde den Kollege Riedler bitten, ob er nicht vielleicht während der Messe die Tiefgarage in der Fachhochschule aufsperrern könnte, um dort die Parkplatzsituation zumindest während dieser Zeit etwas zu lindern, ernst gesprochen, ja, weil da ist gerade die jetzige Anfrage während der Messe. Die ernste Beantwortung zu Ihrer Frage, Herr Kollege Eichberger. Die Parkplatzsituation im Umfeld der Grazer Messe sieht zurzeit wie folgt aus: Von der Innenstadt kommend (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) bis auf die Höhe Gürtel gibt es eine flächendeckende blaue Zone, südlich des Gürtels sind in den umliegenden Straßen zur Messe die blauen Zonen einseitig im Straßenraum situiert. Die maximale Parkdauer beträgt drei Stunden, zur Zeit der Grazer Herbstmesse 2005 waren die Parkplätze im Umfeld zur Grazer Messe auch auf Grund der sehr geringen Besucherfrequenz nicht zur Gänze ausgelastet. Der Park-&-Rideparkplatz entlang des Autobahnzubringers A2Z wurde nicht eingerichtet, da die Grazer Messe als Veranstalter auch auf Grund der Erfahrungen bei der Frühjahrsmesse 2005 kein unmittelbares Interesse an diesem Parkplatz hatte. Für die heurige Frühjahrsmesse wurde sowohl noch die Verstärkungsstraßenbahnlinie 14 als auch der Park-&-Rideplatz entlang des Autobahnzubringers A2Z mit der Pendelbuslinie zur Messe eingerichtet, jedoch auf

Grund der zurückgegangenen Besucherzahlen waren diese beiden ÖV-Angebote kaum ausgelastet. Im Bereich des Parkplatzes auf der A2Z wurden maximal 200 Autos gezählt. Die Grazer Verkehrsbetriebe erwirtschafteten einen Kostenabgang für dieses Zusatzangebot in Höhe von rund 100.000,- Euro. Dies und die Forderung der Grazer Verkehrsbetriebe, den Pendelbus zum Park-&-Rideplatz auf der A2Z nur bei einer Bestellung seitens der Grazer Messe in Betrieb zu nehmen, führte zur Entscheidung, zur Zeit der Herbstmesse 2005 auf den Park-&-Rideplatz entlang der A2Z zu verzichten, diese Entscheidung wurde von der Messe getroffen. Im von der Verkehrsplanung vorgeschlagenen integrierten Verkehrskonzept für den Grazer Messequadranten sind sowohl bauliche als auch organisatorische Maßnahmen wie eine leistungsfähige Park-&-Rideanlage im Bereich des Autobahnzubringers mit einem ÖV-Anschluss vorgesehen. Aus Sicht der Verkehrsplanung kann auf diese Einrichtung trotz der gesunkenen Messebesucherzahlen zur Entlastung der unmittelbaren Anrainer der Messe nicht verzichtet werden. Die Einrichtung und Finanzierung dieses Angebotes zumindestens bis zur Fertigstellung der verlängerten Straßenbahnlinie 4 mit dem neuen Park-&-Ride im Bereich des Murparks, obliegt jedoch den Veranstaltern, somit der Grazer Messe.

GR. **Eichberger:** Zum einen glaube ich, das war wirklich scherzhaft der Hinweis, dass die Messebesucher, die aus dem Süden kommen, nach Eggenberg fahren sollen, um sich dort in die Fachhochschul-Tiefgarage zu stellen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Sie kommen auch vom Südwesten.

GR. **Eichberger:** ...aber zum anderen, ich glaube auch, dass die blaue Zone, wie Sie richtig festgestellt haben, mit einer maximalen Parkdauer von drei Stunden keine echte Alternative für einen Messebesucher darstellt, weil meistens es doch so ist, dass die Messebesucher länger bleiben. Meine Bitte und meine Zusatzfrage trotz

allem und wissend, dass hier sehr viel Geld unter Umständen auch dahinter steckt, ob Sie nicht trotz alledem bereit sind, hier noch einmal, und es handelt sich maximal noch um drei, vier Messen, für diese Zeit doch versuchen sollten, vor der Stadt entsprechende Alternativangebote für die Messebesucher zu schaffen.

Dr. **Rüsch**: Das mache ich sehr gerne, ich möchte aber trotzdem den Hinweis nochmals wiederholen als Besteller dieser Einrichtung kann ausschließlich die Grazer Messe fungieren. Ich werde mich gerne dafür einsetzen, dass über die Grazer Messe es zu diesem Angebot wieder kommt (*Applaus ÖVP*).

4) Erreichbarkeit von Wanderzielen mit dem Öffentlichen Personennahverkehr

GRin. **Felbinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Felbinger**: Meine Damen und Herren, werter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat! Wie Sie wissen, kommt der Erreichbarkeit von Wanderzielen vom Großraum Graz aus eine besondere Bedeutung zu. Vor allem Senioren, aber auch Touristen sind bei der Erreichung diverser Ziele auf den öffentlichen Verkehr angewiesen. Im Büro der Mobil Zentral können sich Menschen vielfältige Informationen und Fahrplanauskünfte zu Wanderzielen einholen.

Das Problem liegt in der konkreten Erreichbarkeit von Wanderzielen vor allem an den Wochenenden. Die Verbundlinie hat die Linienführung des ÖV zum Beispiel nach Riegersburg oder nach Herberstein ersatzlos gestrichen. Es ist am Wochenende speziell am Sonntag nicht möglich, diese Ziele mit dem ÖV zu erreichen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs, stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, sich beim Verkehrsverbund Steiermark dafür einzusetzen, dass die Linienführung zu beliebten Ausflugszielen überdacht und neu koordiniert wird, damit eine Erreichbarkeit für Menschen, die auf den ÖV angewiesen sind, gegeben ist? (*Applaus KPÖ*).

Dr. **Rüsch**: Ja, Frau Kollegin, ich bin selbstverständlich auch hier sehr gerne bereit, mich dafür einzusetzen beim Steiermärkischen Verkehrsverbund, dass es hier zu einer Verbesserung des Angebotes kommt unter den selben Prämissen selbstverständlich. Es wird wahrscheinlich auch in diesem Bereich einen Zahler geben müssen. Ich wollte jedenfalls schon darauf hinweisen, Sie haben es schon erwähnt, dass im Verkehrsverbund eine Reihe von sehr, sehr attraktiven Wandervorschlägen gemacht werden und zwar vor allem Wandervorschläge, die man ohne Auto durchführen kann und sollte, weil eben der Ausgangspunkt, der Zielpunkt ein unterschiedlicher ist und man deshalb auf den öffentlichen Verkehr angewiesen ist. Ich habe Ihnen ein paar Prospekte jedenfalls mitgebracht, es gibt da so schöne Wanderungen wie etwa zur Lurgrotte, Frohnleiten Höhenweg, Kreuzkogel, insgesamt sind es schon 91, sodass also das Wanderangebot in der Steiermark über den öffentlichen Verkehr auch am Wochenende sehr gut ist. Es ist sicherlich verbesserungsbedürftig und wenn es gelingt, das beim Verkehrsverbund zu erreichen, dann würde mich das durchaus auch sehr freuen, es bedarf hier jedenfalls der Unterstützung des Landes.

GRin. **Felbinger**: Keine Zusatzfrage, aber eine Anmerkung. Ich war im Büro der Mobil Zentral und habe mir auch diese 91 Prospekte, ich glaube 30 sind es konkret, ausgedruckt in dieser Form geholt. Ich finde, es ist ein sehr gutes Angebot, welches es in der Jakoministraße gibt. Ich habe mir nur gedacht, ich trete mit dem Appell an Sie heran, weil ja im Dezember, glaube ich, immer neue Fahrpläne entstehen und einfach dass man schaut, dass diverse Ziele irgendwo Berücksichtigung finden können (*Applaus KPÖ*).

Dr. **Rüsch**: Ich bitte um Weitergabe an Ihren zukünftigen Klubobmann, der dies Prospekte sicherlich sehr gut brauchen kann.

Bgm. Mag. **Nagl**: So, die Rüscher-Riedler-Festspiele gehen weiter.

5) Gestaltungsbeirat

GR. Mag. **Candussi** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard. Ich weiß...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wir sind heute sehr beliebt.

Mag. **Candussi**: Ja, er könnte sich manche Fragen ersparen, wenn er einfach die Anträge umsetzen würde, die gestellt werden, dann ginge das. Ich weiß gar nicht, wie lange es her ist, dass ich einen Antrag eingebracht habe, dass der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung sich mit Möglichkeiten zur Qualitätssicherung im Bereich der Stadtplanung auseinandersetzen möge. Konkret angedacht waren Instrumente wie beispielsweise der Gestaltungsbeirat und/oder die Forcierung von Wettbewerben. Es gab dann seitens der Baudirektion mustergültig vorbereitet im Frühjahr eine Enquete im Minoritensaal, die, glaube ich, sehr gut besucht und sehr gut besetzt war, wo wir uns überzeugen konnten davon, dass es in den Städten, in denen Gestaltungsbeiräte im Amt sind, so wie Salzburg und Linz, sehr gute Erfahrungen damit gibt und auch die Möglichkeit, bestimmte Kinderkrankheiten somit nicht zu übernehmen, sondern schon zu vermeiden. Und bei

dieser Enquete wurden Gespräche für den Sommer angekündigt, die dann abgesagt wurden und es wurde angekündigt, dass der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung gemeinsam mit dem Kulturausschuss mit dem Thema befasst werden würde. Ich habe einfach die Bedenken, dass das Ganze sang- und klanglos einschlafen soll, ich halte die Einführung des Gestaltungsbeirates für ziemlich unerlässlich und frage dich deshalb, wie lange gedenkst du die angekündigte Information des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung betreffend die mögliche Einführung eines Gestaltungsbeirates noch hinauszuzögern?

Dr. **Rüsch**: Lieber Herr Kollege, lieber Herrmann! Soweit kennst du mich, glaube ich, dass ich diese Ankündigung nicht einfach unter den Tisch fallen lasse. Wir haben bei der Enquete, von dir schon genannt, und von der Baudirektion organisierte Enquete vereinbart, dass wir im Herbst in einem gemeinsamen Ausschuss und zwar Kulturausschuss und unseren Planungsausschuss diese Frage zur Diskussion stellen werden. Ich habe mit der Frau Krampfl, mit der Vorsitzenden unseres Ausschusses schon vereinbart und sie gebeten, und sie hat auch zugesagt, dass wir zwischen diesem Gemeinderat und dem nächsten Gemeinderat einen derartigen Termin festlegen und dazu wird es selbstverständlich auch kommen (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Candussi**: Ich freue mich über diese Aussage und ich erspare dem Stadtrat die Zusatzfrage, ob diese rasche Terminvereinbarung vielleicht mit meiner Fragestellung zu tun haben könnte.

Dr. **Rüsch**: Ich erspare mir die Antwort, um zu sagen, nein, das hat nichts damit zu tun (*Applaus ÖVP*).

6) Schmutzwasserkanal Strasserhofweg

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

Dipl.-Ing. **Topf**: Hier geht es um eine Maßnahme im Strasserhofweg im Bezirk Andritz im Zuge der Erkenntnisse aus der letzten Hochwasserkatastrophe, die den Bezirk besonders betroffen hat. Sehr geehrter Herr Stadtrat, werter Wolfgang! Die schweren Regenfälle im August dieses Jahres und die darauf folgenden Überschwemmungen haben verschiedene Grazer Stadtbezirke, wie wir wissen, mit aller Wucht getroffen. Ein besonders schlimm betroffener Bezirk war der Bezirk Andritz, in dem nicht nur aus ihrem Bachbett tretende Fließgewässer schwere Schäden verursachten, sondern teilweise auch Oberflächengewässer und das überlastete Kanalsystem zu Problemen führte.

AnrainerInnen des Strasserhofweges haben eine Unterschriftenliste an die Verantwortlichen der Stadt Graz gerichtet. In einer Beantwortung des Kanalbauamtes vom 4. Oktober dieses Jahres, das an alle UnterzeichnerInnen der Unterschriftenaktion gerichtet wurde, führt dieses aus, dass man bemüht sei, das Problem des überlasteten Schmutzwasserkanals bestmöglich zu lösen. So arbeitet das Kanalbauamt mit höchster Priorität daran, illegale Regenwassereinleitungen und Fremdwasserzuflüsse zu erheben und abzustellen.

Darüber hinaus arbeitet das Kanalbauamt an einem Kanalprojekt für den gegenständigen Bereich, welches nach Ansicht der ExpertInnen des Amtes zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation im Strasserhofweg führen sollte. Die Projektumsetzung ist seitens des Kanalbauamtes für das Jahr 2006, also nächstes Jahr, bereits geplant und hängt nicht nur von diversen Zustimmungserklärungen und Bewilligungen, sondern vor allem auch von einer entsprechenden Finanzierung ab.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs richte ich daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

ob du beabsichtigst, das beschriebene, im Sinne eines wirksamen Hochwasserschutzes besonders wichtige Projekt 2006 aus Mitteln der Kanalbau rücklage zu finanzieren.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Gerechterweise sind bei dem Hochwasserereignis vor wenigen Wochen ja auch einige Mitglieder der Stadtregierung betroffen gewesen, wenn ich es richtig gesehen habe, zumindest ein Drittel der Stadtregierung war selber damit beschäftigt, Keller auszupumpen, Schutt wegzuräumen, Schlamm zu beseitigen. Konkret möchte ich dir sagen, dass wir natürlich gemeinsam daran arbeiten, die Projekte, die zur Hochwassersicherung notwendig sind, möglichst rasch und effizient umzusetzen. Das Kanalbauamt hat ein Projekt Strasserhofweg – Puchleitenweg, Bauabschnitt 117, mit voraussichtlichen Gesamtkosten in der Höhe von 490.000,- Euro zur Planung vorgemerkt. Wobei bis dato jedoch keine Projektgenehmigung beschlossen wurde und auch nicht beantragt wurde vom zuständigen Amt und nur 30.000,- Euro für Planungskosten im Voranschlag 2005 enthalten sind, aber es gibt bereits einen Ansatz im heurigen Voranschlag. Das genannte Projekt wäre aus heutiger Sicht aus der bestehenden Kanalrücklage finanzierbar. Die konkrete Finanzierung entscheidet sich jedoch nach Zweckmäßigkeit zum Zeitpunkt der Beschlussfassung.

Dipl.-Ing. **Topf**: Danke für die Antwort.

7) Radarüberwachung durch Privatunternehmen/Vorlage eines Informationsberichtes

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Dr. **Getzinger**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Anfrage an den Herrn Stadtrat Rüschi. Sehr geehrter Herr Stadtrat! Das von Ihnen gestartete Projekt der Radarüberwachung durch ein Privatunternehmen war zwar bereits in der vergangenen Gemeinderatssitzung Thema einer Anfrage von mir – aber mittlerweile hat sich die Angelegenheit ja nahezu verselbstständigt. Denn die Befürchtungen, dass es mit der Strafverfolgung der geblitzten Temposünderinnen und –sünder Probleme geben könnte, haben sich inzwischen bestätigt, wie aus den Medien zu entnehmen war.

Wobei das Stichwort Medien aus meiner Sicht ein Kernproblem anspricht: Denn gestartet wurde dieses Projekt durch Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat – weder der Verkehrsausschuss noch der Gemeinderat wurden im Vorfeld in diese Entscheidung eingebunden. Was zwar angesichts der so genannten Wertgrenzen rechtlich in Ordnung sein mag, bei einer solch sensiblen Frage allerdings Wertgrenzen allein nicht das Kriterium darstellen sollten. Zumal jetzt, angesichts der Schieflage des Projekts, nur noch von der Stadt die Rede ist. Was dazu führt, dass ich - als Mitglied des Gemeinderates und damit des obersten Organs dieser Stadt, auf diesen so genannten Rohrkrepierer angesprochen werde, man mich verständlicherweise mit Fragen konfrontiert wie über die Höhe der Kosten, über allfällige nunmehr eintretende Einnahmenentfälle und ob wir - als Stadt uns nicht besser im Vorfeld kundig machen hätten sollen, anstatt derart unprofessionell eine Ho-Ruck-Aktion vom Zaun zu brechen; und obwohl ich Mitglied des Verkehrsausschusses bin, kann ich dann immer nur darauf verweisen, dass diese Aktion vom städtischen Verkehrsreferenten, von Ihnen Herr Stadtrat, im Alleingang gestartet wurde, ohne Verkehrsausschuss und Gemeinderat zu informieren, und wir nunmehr auch über die Kalamitäten nicht informiert sind. Das ist ein, wie ich glaube, ein unhaltbarer Zustand.

In diesem Sinne stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

ob Sie bereit sind, einen entsprechenden Informationsbericht über Ihr Projekt private Radarüberwachung dem Verkehrsausschuss beziehungsweise dann auch dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung zur Diskussion vorzulegen?

StR. Dr. **Rüsch**: Kollege Getzinger, erlauben Sie mir einige Richtigstellungen und Anmerkungen. Zunächst einmal die private Geschwindigkeitsüberwachung ist keine Ho-Ruck-Aktion und auch keine Aktion, die ich im Hinterzimmer ausgebrütet habe. Tatsache ist, der hohe Gemeinderat hat Tempo 30/50 für das Straßennetz mit einer Verordnung am 31. August 1992 beschlossen. Eine Überarbeitung dieser Verordnung ist im Jahr 2003 erfolgt. Tatsache ist, dass aus nahezu allen Bezirken beinahe täglich Meldungen kommen, dass in verschiedenen Straßen dieses Tempolimit nicht eingehalten wird und dadurch die Sicherheit der Anwohner gefährdet wird beziehungsweise die AnrainerInnen in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt werden. Das wissen Sie, Herr Kollege Getzinger, von den BezirksvertreterInnen Ihrer Fraktion. Ich wollte gerade ausführen, dass Sie genau wissen von Ihren Bezirksvertretern von Ihrer Fraktion, dass das ein sehr, sehr großes Problem ist. Tatsache ist weiter, dass die Polizei aus Kapazitätsgründen nicht in der Lage ist, die Überwachung des 30/50-Straßennetzes im ausreichenden Umfang sicherzustellen. Weiters ist Tatsache, dass die Fachbeamten sehr sorgfältig die juristischen Meinungen eingeholt haben und natürlich gab es Abstimmung mit der Polizei. Nachdem auf eine Anfrage beim für uns als Behörde zuständigen Verkehrsministerium es eine klar positive Stellungnahme gegeben hat zur Zulässigkeit von abgekürzten Verfahren, ich habe das Schreiben hier, kann es Ihnen gerne zeigen wurde die Arbeit ausgeschrieben und schließlich der Leistungsauftrag an die Firma Speed-Control vergeben. Selbstverständlich wurde damit das zuständige Gremium des Gemeinderates, und das ist der Vergabeausschuss, befasst. Von einem Alleingang meinerseits kann also wohl nicht die Rede sein. Erlauben Sie dazu noch einige grundsätzliche Anmerkungen. Der Gemeinderat beschließt Tempo 30 im untergeordneten Straßennetz. Die Bezirke wünschen dringend entsprechende Kontrollen, da sehe ich jetzt durchaus als meine Pflicht an, dafür Sorge zu tragen, dass diesen Wünschen entsprochen wird. Ich bekenne mich auch ganz klar zum Instrument der Geschwindigkeitsüberwachung, um dafür zu sorgen, dass eine schließlich nicht aus Jux und Tollerei festgelegte Norm auch eingehalten wird. Wer mit dem Argument, Radarkasteln dürften nur von Polizeiorganen eingeschaltet werden, die Tempoüberwachung in den 30er-Zonen vereiteln will, tut erstens den Bewohnerinnen und Bewohnern, die unter denen, die sich nicht ans Limit halten, zu leiden haben, nichts Gutes und wenn man gegen die Kontrolle ist, aber eigentlich gegen die zu kontrollierende Norm, dann sollte man das

auch ganz klar sagen. Ich glaube nicht, dass man den Bürgerinnen und Bürgern erklären kann, ich bin dafür, dass möglichst viele Straßenzüge zu beruhigten 30er-Zonen werden, aber ich will nicht, dass man diese überwacht. Ich halte die Arbeitsteilung, dass wir messen, die Messdaten der Polizei übergeben und die Polizei dann die abgekürzten Verfahren abwickelt, für sinnvoll und wichtig. Ich möchte nur abschließend darauf hinweisen, dass letzte Woche am Freitag die Gemeinde Mödling genau dasselbe Verfahren eingeführt hat, wie wir das in Graz begonnen haben. Der einzige Unterschied ist der, dass die Verfassungsjuristen vom Lande Niederösterreich, sowohl die Gemeinde als auch die Polizei mit einer klaren Aussage unterstützt haben, mit einer klaren Aussage, die sich nicht mit dem Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes deckt, sondern ganz klar hingewiesen haben, dass dieses Verfahren möglich ist. Offensichtlich gibt es im Land Niederösterreich einfach mutigere und auch praktisch orientiertere Verfassungsjuristen als im Lande Steiermark. Hätten wir ein derartiges Schreiben, dann könnte sofort ab morgen wieder mit der Messtätigkeit, auch mit dem verkürzten Verfahren, begonnen werden (*Applaus ÖVP*).

Dr. **Getzinger**: Würden Sie Herrn Stadtrat ersuchen, meine Frage zu beantworten, das war eine sehr präzise Frage und die Antwort ist nicht gekommen.

Dr. **Rüsch**: Wenn der Bericht, den ich jetzt gegeben habe, für Sie nicht ausreichend war, dann kann ich ihn Ihnen gerne auch schriftlich geben, was selbstverständlich erfolgen wird.

Dr. **Getzinger**: Es geht mir darum, Herr Stadtrat, dass Sie den doch auch in gewisser Weise zuständigen Verkehrsausschuss informieren, nicht mich persönlich, weil dort kann es dann auch zu einer Diskussion kommen und das scheint mir sehr fruchtbar und der Sache angemessen zu sein.

Dr. **Rüsch**: Habe ich überhaupt kein Problem, ich habe hier jedenfalls auch den Gemeinderat informiert, ich werde den Bericht sehr gerne beim nächsten Mal in den Verkehrsausschuss einbringen.

Dr. **Getzinger**: Ausgezeichnet. Meine Zusatzfrage lautet...

Bgm. Mag. **Nagl**: Das war sie. Also, machen Sie die Zusatzfrage.

Dr. **Getzinger**: Danke Herr Bürgermeister, das war sie natürlich nicht, sondern es war einfach eine Nachfrage, warum, aber wie auch immer. Meine Zusatzfrage lautet: Hat es andere Anbieter gegeben für diese Dienstleistung und an welchem Tag ist das in den Vergabeausschuss gekommen dieses Stück? Können Sie mir das kurz noch sagen? Sie behaupten nämlich, dass das Stück im Vergabeausschuss gewesen sei. An welchem Tag, wann, zu welcher Sitzung?

Dr. **Rüsch**: Kann ich Ihnen ad hoc nicht beantworten, an welchem Tag das war im Vergabeausschuss, aber es war selbstverständlich im Vergabeausschuss, sonst hätte der Auftrag auch nicht vergeben werden können. Es waren insgesamt neun Anbieter, kann ich auch nicht auswendig alle auflisten, die Information ist sicherlich kein Problem und letztlich ist dann auch nach einem Einspruch, der gekommen ist, eine zweite Ausschreibung durchgegangen und als Ergebnis der zweiten Ausschreibung ist die Firma Speed-Control als Bestbieter hervorgegangen und die Firma Speed-Control ist letztlich auch beauftragt worden mit der Messung der Geschwindigkeit.

GR. **Simbürger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Nachdem ich Vorsitzender des Vergabungsausschusses bin: Ich kann mich nicht erinnern, dieses Stück jemals auf der Tagesordnung gehabt zu haben. Ich nehme an, Herr Stadtrat, dass wahrscheinlich die Wertgrenze unterschritten worden ist und dieses Stück nicht in den Vergabungsausschuss gekommen ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann gilt, das bitte zu klären und dann schauen wir uns das an, wichtig ist nur, dass wir aus Bezirkssicht und vor allem auf Grund der Sicherheitsproblematik im Verkehrsbereich auch für Kinder dran bleiben an diesem Thema und dass wir hoffentlich dann auch bald die dementsprechende Regelung haben.

8) Gender Mainstreaming

GRin. **Edlinger** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Edlinger**: Werte Kollegen, werte Kolleginnen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Der Prozess zur Implementierung von Gender Mainstreaming im Wirkungsbereich der Stadt Graz wurde vor rund zwei Jahren gestartet und damals wurde festgelegt, dass es zwei Pilotämter geben soll, nämlich das Jugendamt und das Sportamt. Und Ausgangsbasis für jede zukünftig zu setzende Maßnahme im Bereich des Gender Mainstreaming ist eine Analyse der Produkte und Dienstleistungen der Ämter unter dem Genderaspekt.

Sie haben für Ihr Ressort diese Analyse in Auftrag gegeben und ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat namens der sozialdemokratischen Fraktion die

Frage,

welche konkreten Ergebnisse die Genderanalyse der Bezirkssportplätze und der Subventionen im Sportbereich erbracht hat.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Mir persönlich werden die Detailergebnisse am 17. 11. dieses Jahres vom Herrn Magistratsdirektor präsentiert. Meines Wissens ist da auch die Frau Kollegin Tatjana Kaltenbeck-Michl anwesend, wobei die Ämter präsentiert werden. Vorweg kann ich da ja nur einige kurze Aussagen dazu machen und ich bitte um Verständnis, dass es vielleicht nicht der Detaillierungsgrad ist, den du dir wünschst. Zum einen, die Subventionen entsprechen auf Grund der seit 2003 gesetzten Maßnahmen des Sportamtes durchaus dem Verhältnis der Sport treibenden Männer und Frauen, nämlich im Verhältnis 60 % zu 40 % und das entspricht auch dem Österreichdurchschnitt. Bei den eigenen Programmen des Sportamtes konnten wir auf Grund verschiedener Maßnahmen den Mädchenanteil bereits auf 46 % steigern. Zum zweiten Punkt, die Studie über die Bezirkssportplätze, insgesamt waren es fünf Bezirkssportplätze, die näher untersucht wurden, ich berichte die Ergebnisse und Fakten, ich gebe sie einfach so weiter, wie sie dann auch in der Studie stehen werden, ich kommentiere sie nicht. Erstens, es sind wenig Mädchen und Frauen auf den Bezirkssportplätzen zu finden, das überrascht ja nicht weiter, das sieht man, wenn man vorbeifährt. Zweitens Mädchen und Frauen haben andere Interessen oder üben Sport lieber im Fitnessstudio aus, dies deckt sich auch mit den Ergebnissen zum Freizeitverhalten der Frau in diversen Zellmannstudien. Drittens, es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich Mädchen bezüglich Sportflächen und Sportgeräten benachteiligt fühlen. Viertens: Die meisten Mädchen und Frauen haben keine Vorstellung, welche Einrichtungen notwendig wären, damit Frauen öfter Bezirkssportplätze besuchen. Am ehestens sind das noch Volleyball und Beachvolleyball, allerdings war auch auf Volleyballplätzen die Frauenquote nicht höher als auf anderen Plätzen. Eine erste Konsequenz, die wir zumindest für uns gezogen haben, wir errichten noch im heurigen Jahr auf den Eustacchiogründen einen neuen Beachvolleyballplatz. Und zu guter Letzt, für Frauen und Mädchen ist der Bezirkssportplatz als Ergebnis dieser Studie weniger ein Ort um Sport auszuüben, er ist jedoch ein wichtiger Ort, um soziale Kontakte zu knüpfen, um Freunde zu treffen oder Burschen kennenzulernen.

GRin. **Edlinger**: Wenn man die Erkenntnisse aus der Diplomarbeit, die Sie zitiert haben, hier ohne dass man sie jetzt im Detail kennt, Sie sie auch noch nicht gelesen haben, Herr Stadtrat, hört, dann fällt mir als Erstes ein, na net nana, wenn ich dort eben kein Angebot habe, das den Interessen von Mädchen vorrangig oder stärker entspricht, dann sind sie dort auch weniger zu finden. Insofern wäre es natürlich auch interessant zu erfahren, welche Erfahrung und welches Expertentum den oder die Ersteller/Erstellerin dieser Studie auszeichnet im Zusammenhang mit Gender Mainstreaming, Analysen und Genderanalysen. Es wird jetzt offensichtlich in der Steuergruppe des Gender Mainstreaming-Prozesses dann zumindest die Möglichkeit geben, dass die Mitglieder der Steuergruppe diese Details hier genauer unter die Lupe nehmen und diskutieren. Trotzdem würde mich interessieren, welche Schlüsse Sie bereits für die nun bereits angelaufenen Budgetverhandlungen gezogen haben und wie Ergebnisse, die hier gezogen werden konnten, Berücksichtigung finden?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Die verschiedenen Maßnahmen, die wir bereits gesetzt haben, haben ja nachweisbar gefruchtet, indem das Verhältnis bei den Subventionen jetzt durchaus nicht nur dem österreichischen Durchschnitt entspricht, sondern auch dem Verhältnis der Sport treibenden Männer und Frauen; in unseren eigenen Programmen haben wir verschiedene Maßnahmen gesetzt, um, ich meine die Sportkurse im Sommer, um diesen Anteil bereits um 6 % weiter zu erhöhen gegenüber den normalen Vereinssubventionen. Wir setzen selbstverständlich auch in diesen Sportkursen dann Lehrbeauftragte ein, die weiblich sind, die erfolgreiche Sportlerinnen sind, wenn sie uns greifbar werden und da mitmachen, um auch hier zusätzliche Motivationen auszulösen. Wir haben ganz bewusst bei den letzten Schülerspielen in Coventry im vergangenen Sommer eine Mädchenfußballmannschaft entsandt, die auch dort sogar die Goldmedaille gewonnen hat. Also auf diesen Ebenen versuchen wir es bereits, im Subventionsbereich, glaube ich, sind wir auch auf einem guten Weg, viel mehr, ohne die Detailergebnisse jetzt zu kennen, kann ich jetzt nicht sagen, selbstverständlich wo Möglichkeiten gegeben sind nachzujustieren, werden wir das machen (Applaus ÖVP).